



Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Mitglied des Deutschen Bundestages



Dr. Lina Seitzl
Mitglied des Deutschen Bundestages



Andreas Jung
Mitglied des Deutschen Bundestages

Presseerklärung

Ein Jahr Krieg in der Ukraine

Berlin, 22.02.2023

Zum 24. Februar 2023, ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, geben die drei Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Konstanz, Lina Seitzl (SPD), Ann-Veruschka Jurisch (FDP) und Andreas Jung (CDU) folgende gemeinsame Presseerklärung ab:

“Wir drei Konstanzer Bundestagsabgeordneten verurteilen Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste. Putins Russland hat vor einem Jahr die Ukraine überfallen. Russland kann den Krieg jederzeit beenden und muss das auch tun! Es ist uns sehr wichtig, diese Verantwortlichkeit klar und deutlich zu benennen. Unsere volle Solidarität gilt der Ukraine, die ein freies und souveränes Land ist. Deutschland unterstützt die Ukraine daher weiter nach Kräften in ihrem Abwehrkampf gegen Russland.

Hinter den Menschen in der Ukraine und hinter Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, liegt ein Jahr des Leids und der Ungewissheit. Wir fühlen mit den Menschen, die in diesem grausamen Krieg Russlands ihre Angehörigen verloren haben. Wir sehen ihren Schmerz und stehen fest an ihrer Seite.

Unsere Gedanken sind auch bei denjenigen, die wegen Russlands Krieg auf der Flucht sind.

Im Landkreis Konstanz sind seit letztem Februar viele Geflüchtete aus der Ukraine angekommen. Wir wünschen ihnen, dass sie sich weiterhin gut bei uns einleben und sich gut aufgenommen fühlen.

Unser großer Dank gilt allen Menschen im Landkreis Konstanz, die sich im vergangenen Jahr für die bei uns ankommenden, geflüchteten Menschen ehrenamtlich engagiert haben, die ihnen Wohnraum zur Verfügung gestellt und ihnen beim Ankommen geholfen haben. Wir danken auch allen Beteiligten in unseren Kommunen, die mit großem persönlichem Einsatz an der Bewältigung vieler organisatorischer Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Fluchtgeschehen in den letzten zwölf Monaten mitgewirkt haben. Bund, Länder und Kommunen müssen eine geordnete Ankunft, angemessene Unterbringung und gute Aufnahme der geflüchteten Menschen ermöglichen.”